Zeitschrift: Schweizer Spiegel

Herausgeber: Guggenbühl und Huber

Band: 45 (1969-1970)

Heft: 15

Artikel: Plädoyer für den Frieden : Interview mit dem deutschen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann

Autor: Mathiopoulos, Basil P.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1079366

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Plädoyer für den Frieden

Interview mit dem deutschen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann

Der westdeutsche Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann, ein Politiker und Staatsmann von hervorragender Integrität und Unbestechlichkeit, hat den Bonner Mitarbeiter des «Schweizer Spiegel», Dr. Basil P. Mathiopoulos, zu einem Exklusiv-Interview empfangen, um sich so direkt an unsere Leser zu wenden. Das Gespräch drehte sich selbstverständlich vor allem um das Thema Solidarität, die der Präsident der Bundesrepublik besonders im Blick auf die Friedenssicherung als unabdingbar bewertet. Von besonderer Bedeutung scheinen uns auch Dr. Gustav Heinemanns Äusserungen über den Staat an sich, denn ein solches Urteil gewinnt aus dem Munde eines Staatsoberhauptes doch sicher zusätzliches Gewicht.

«Meine erste Verpflichtung ist, dem Frieden zu dienen.» Diese Worte charakterisieren den deutschen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann in ganz besonderer Weise. Die Bewahrung des Friedens ist für ihn die conditio sine qua non; diese Aufgabe bestimmte seine Rede vor dem Deutschen Bundestag nach seiner Vereidigung am 1. Juli 1969, sie kennzeichnet viele Gespräche mit diesem Mann, der engagiert jede blosse Floskel zurückweist. Der Frieden ist für ihn kein Schlagwort, sondern ein Faktum, das den ganzen Einsatz des Menschen verlangt.

Obwohl Dr. Heinemann — er ist heute 71 Jahre alt — der Generation der beiden Weltkriege angehört, denkt er in den Kategorien eines Menschen, der in diesem planetarischen Zeitalter geboren wurde. Mit seinem scharfen Verstand, seinem politischen Urteilsvermögen und einem selten gewordenen Intellekt verkörpert Heinemann im dritten Jahrzehnt der jungen Bundesrepublik den Staatsmann unserer Zeit par excellence. Und diese Zeit erhält für ihn vor allem ihre Bedeutung in der ständigen Auseinandersetzung mit dem Frieden: «Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren hat, wie es noch meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulen gelernt hat. Der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr . . »

So ist für ihn auch sein Amt nicht unbewegliche Repräsentation, sondern dynamische Aufgabe an der Spitze des Staates. Seine Pflichten dem geleisteten Amtseid entsprechend «gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben», bedeutet für Gustav Heinemann, die wirklichen nationalen Interessen zu vertreten und die Demokratie auf sozialem und menschlichem Gebiet zu sichern und auszubauen. Dieser Aufgabe stellt er sich in einem «schwierigen Vaterland», wie er Deutschland einmal selbst charakterisierte — und gleich hatte er damals hinzugefügt: «Aber es ist unser Vaterland. Hier leben und arbeiten wir. Darum wollen wir unseren Beitrag für die eine Menschheit mit diesem und durch dieses unser Land leisten.»

Immer wieder betont Gustav Heinemann, dass der Frieden die unabdingbare Voraussetzung jeden Fortschritts und jeder staatlichen, gesellschaftlichen, politischen wie wirtschaftlichen Entwicklung ist. «Weder der Krieg noch der Frieden sind Naturgesetze. Sie sind Ergebnisse menschlichen Handelns. Und deshalb gilt es, diesem Handeln auf die Spur zu kommen.»

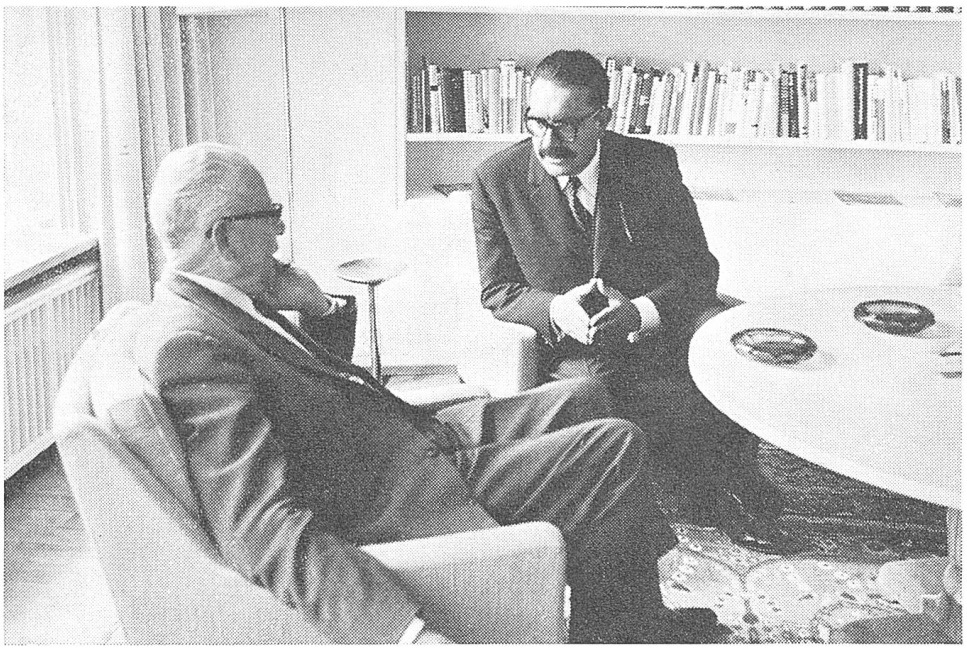
Diese und andere aktuelle Probleme standen im Vordergrund eines zweistündigen Gespräches, das die Basis eines Exklusivinterviews für den «Schweizer Spiegel» bildete. In seinem Büro in der 1860 erbauten «Villa Hammerschmidt» in Bonn, in der der Bundespräsident und Frau Heinemann wohnen, nahm Dr. Gustav Heinemann in seiner bekannten Offenheit, die die innere Freiheit dieses Mannes offenbart, zu allen Fragen Stellung.

Fragen an den Präsidenten

Sie haben, Herr Bundespräsident, wiederholt für eine umfassende Friedensforschung plädiert. Wie stellen Sie sich diese konkret vor?

Meine primäre Intention ist, die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der Friedensforschung aufzuklären. Es gibt viele Fragen und Überlegungen dazu, wie man den Frieden leben und bewahren kann. Wie lässt sich etwa eine Rüstungswirtschaft in eine Friedenswirtschaft überleiten? Wie kann man die psychologischen Hemmungen überwinden? Wie kann man erzieherisch wirken und helfen?

Ich bin in diesem Bereich zu jedem Engagement bereit, wenn es die Friedensforschung fördert. So habe ich die Schirmherrschaft über die «Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung» übernommen, die vor kurzer Zeit gegründet wurde, und ich hoffe, dass in ihr Sachkenner diesen Fragen und Problemen nachgehen werden. Dass eine solche Aufgabe von hohem Rang nicht allein im



Bundespräsident Heinemann im Gespräch mit unserem Mitarbeiter Basil P. Mathiopoulos

nationalen Rahmen, sondern letztlich nur auf internationaler Ebene zu lösen ist, versteht sich von selbst.

Denken Sie dabei an die Vereinten Nationen?

Das ist naheliegend, da ja die UNO die Aufgabe hat, Konflikten zwischen den Völkern zu begegnen. Die Weltorganisation könnte und sollte der internationalen Friedensforschung weiterhelfen.

Wäre es denkbar, dass gerade die Vereinten Nationen die internationale Solidarität – die theoretisch viel diskutiert, selten aber praktiziert wird – in verstärktem Masse fördern und betreiben würde?

Eine grössere internationale Solidarität könnte die Vereinten Nationen bei Weltkonflikten schlagkräftiger und wirkungsvoller machen und den einzelnen Völkern mehr Selbstvertrauen und damit einen dynamischen, stabilen Frieden geben. Eine Lösung der Nahost-Krise könnte hierdurch gefördert werden. Für besonders wirksam halte ich eine internationale Solidarität katexochen auf dem Gebiet der weltweiten Abrüstung.

Könnten die Probleme einer internationalen Solidarität nicht auf Gipfelkonferenzen der Staatsoberhäupter – etwa angefangen mit den Ländern Westeuropas – diskutiert werden?

Ich fürchte, dass ein solches Gremium keine praktischen Resultate erarbeiten könnte. Die Rolle der Staatsoberhäupter in den westeuropäischen Ländern – gar nicht zu reden von den osteuropäischen, asiatischen oder afrikanischen Ländern – ist einfach zu unterschiedlich. Da sind die holländischen, englischen und skandinavischen Monarchen, der an der Regierung beteiligte französische Staatspräsident und der italienische Präsident, der ebenfalls mehr politische Rechte hat als der deutsche Bundespräsident. Eine solche Gipfelkonferenz würde sehr schnell zu einem recht akademischen Klub.

Es gibt aber Bereiche, in denen die internationale Solidarität wirksamer praktiziert werden kann. Hier kann man sich auch leichter einigen: in der Innenpolitik im weitesten Sinne des Wortes. Ich denke da zum Beispiel an die Verbreitung der Menschenrechtskonvention und an echte internationale Bemühungen um die Verwirklichung ihrer Prinzipien auch in den Staaten, die die Menschenrechte heute missachten. Ich denke weiter an die UNESCO, die die Probleme des Analphabetentums lösen könnte. Und ich denke vor allem an den Hunger in der Welt und an die ungerechte Verteilung des Weltsozialeinkommens.

Die Erde produziert einen solchen Reichtum, dass kein Mensch in Not und Armut leben müsste. Aber dieser Reichtum ist in weiten Gebieten der Welt ungerecht verteilt. Hier ist ein weiterer Aufgabenbereich für eine internationale Solidarität, die dem Menschen hilft.

Die Lebens- und Gesellschaftsformen sind wie die Gesetze für den Menschen gemacht worden, für seine politische, wirtschaftliche und geistige Freiheit, für sein Wohl. Sie wurden nicht als Selbstzweck für die abstrakte Obrigkeit — den Staat — geschaffen, sondern für die Menschen, die diesen Staat bilden!

Sie haben sich bereits früher über Ihr Verhältnis zum Staat geäussert . . .

Ja, ich weiss schon, woran Sie erinnern wollen. Ich wiederhole es hier: ich liebe nicht den Staat, ich liebe meine Frau.

Im Gegensatz zu dem oft missverstandenen und missbrauchten Hegelianischen Begriff der Obrigkeit des Staates oder im Gegensatz zu der tradierten Anschauung von der Geschichte, die vom Sieger geschrieben wird, plädieren Sie für ein objektives Geschichtsbewusstsein, für eine wohlverstandene Tradition und für einen Geschichtsunterricht, der in seiner Objektivität selbst Geschichte macht. Was bedeutet das im heutigen Deutschland?

Zunächst einmal bedeutet für mein Empfinden Tradition nach Jean Jaurès «nicht Asche verwahren, sondern eine Flamme am Brennen halten». Unser Volk kann in seiner Geschichte vieles aufweisen, was uns mit Freude und Selbstbewusstsein zu erfüllen vermag. Wir haben nicht wenig zur Bereicherung der Menschheit beigetragen. Doch unter dem Missbrauch des Namens unseres Volkes ist auch das Unheil des Zweiten Weltkrieges entfesselt worden. Lange Zeit hat man nicht gewagt, sich mit der Geschichte des Dritten Reiches auseinanderzusetzen. Sie war tabu. Gerade aber in den Schulbüchern müssen die Fragen gestellt und beantwortet werden. Wie war es möglich, dass sich Menschen unseres Volkes in der nationalsozialistischen Zeit in Selbstüberhebung, in Rassenwahn und in Eroberungssucht verloren? Wie war es möglich, dass zwölf Jahre lang bürgerliche Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung so barbarisch missachtet werden konnten?

Der Nationalismus war gewiss nicht nur ein deutsches Produkt. Und wir waren nicht die einzigen, bei denen es ihn gegeben hat oder noch gibt. Eine Ursache für die damalige Behandlung

der Juden etwa ist unter anderem der christliche Antisemitismus gewesen, dem endlich das Zweite Vatikanische Konzil ein allgemein gültiges Ende gesetzt hat. Wir Deutschen können bei der Beurteilung dieser Phänomene nicht daran vorübergehen, dass man noch bis in unsere Zeit zu folgsamer Untertänigkeit gegenüber aller Obrigkeit bis hin zur Unterwerfung selbst unter die Befehle des Verbrechens erzogen worden ist.

So wird heute mit Recht in den Schulbüchern nicht mehr verschwiegen, dass wir bereits vor dem Auftreten Hitlers seit den Sedanfeiern und dem Jubel über den Kriegsausbruch 1914 für einen gewalttätigen Nationalismus anfällig waren. Wenige Tage nach Sedan im September 1870 hat man fünf Braunschweiger Bürger als Lumpen und Marodeure in Ketten auf die Festung Lötzen bringen lassen, nur weil sie sich während des damaligen Siegestaumels in einem öffentlichen Aufruf gegen die Annektion von Elsass-Lohringen und für einen ehrenvollen Frieden ohne Demütigung mit Frankreich ausgesprochen hatten! Man könnte weitere Beispiele anführen.

Das Dritte Reich ist also nach meinem Urteil kein Betriebsunfall gewesen. Es entstand nicht nur aufgrund der Arbeitslosigkeit um 1930 oder als Folge der Reparationslasten durch den Versailler Vertrag von 1919; es war auch die Folge einer in Deutschland besonders verhängnisvollen Entwicklung des Nationalismus. Dies müssen wir Deutschen erkennen. Wir müssen begreifen, dass die Spaltung des Landes mit allen gegenwärtigen Bedrängnissen das Ergebnis der nationalistischen Überheblichkeit ist. Dann kann heute kein guter Deutscher ein Nationalist sein; ein nationalbewusster Deutscher kann heute nur Europäer sein.

Welche Elemente der deutschen Geschichte sollten ihrer Meinung nach für ein objektives Geschichtsbewusstsein und eine wohlverstandene Tradition bestimmend sein?

Die Schulbücher haben früher nur die eine Seite der Gegebenheiten berücksichtigt. Sie gaben ein Bild der Geschichte, wie sie vom Sieger geschrieben wird. Wie ich dagegen Geschichte und Tradition verstehe, lassen Sie mich an einigen Beispielen erläutern.

Im Januar 1971 kehrt der Tag der Gründung des Deutschen Reiches zum 100. Male wieder. Am 4. Februar 1871 ist Friedrich Ebert in Heidelberg geboren worden. Er war der erste republikanische Staatspräsident der deutschen Geschichte. Zwei Ereignisse unterschiedlicher Bedeutung, denn die Gründung des Deutschen Reiches brachte nicht nur die Einheit, sondern gleichzeitig die Konzentrierung der Macht der Obrigkeit, des Obrigkeitsstaates. Selbstverständlich sind die positiven Leistungen des Reiches zu würdigen wie auch die Rolle Bismarcks, dessen Bedeutung im Lichte der modernen Forschung gesehen werden sollte.

Aber ebenso sollte der Beitrag Friedrich Eberts zur Schaffung und zum Ausbau des demokratischen Bewusstseins den jungen Leuten geläufig werden. Jede Generation sollte die Ereignisse der Vergangenheit nicht so betrachten, wie man es sie lehren will, sondern — dieses Recht hat die junge Generation — unter dem Einfluss ihres eigenen Blickes, ihrer eigenen Erfahrung und ihrer eigenen Beurteilungen. Die schematischen Vorstellungen von unserer Vergangenheit müssen sehr gründlich korrigiert werden.

Darüber habe ich mit Prof. Gall von der Universität Giessen gesprochen, der für das Bundesinnenministerium einen ausführlichen Vorschlag vorgelegt hat. Es sind danach für den Beginn des nächsten Jahres zwei Ausstellungen geplant: eine im Reichstag in Berlin und eine andere in der Frankfurter Paulskirche.

Konkret zu ihrer Frage: Ich sehe die Aufgabe der Geschichtsschreibung darin, die Kapitel unserer Geschichte in gebührender Form zu würdigen, die mit der Abschüttelung des Absolutismus und der Erlangung der Unabhän-

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

- muss mindestens 40 Jahre alt sein.
- wird alle 5 Jahre von der Bundesversammlung gewählt, die sich je zur Hälfte aus den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Wahlmännern zusammensetzt, die von den Länderparlamenten bestimmt werden.
- kann nur einmal wiedergewählt werden.
- vertritt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich, schliesst im Namen der Bundesrepublik Verträge mit ausländischen Staaten, beglaubigt und empfängt die Botschafter.
- schlägt dem Bundestag einen Kandidaten zur Wahl des Bundeskanzlers vor.
- ernennt und entlässt den Bundeskanzler nach entsprechenden Beschlüssen des Bundestages.
- kann den Bundestag auflösen und Neuwahlen ausschreiben, wenn bei der Wahl des Bundeskanzlers auch der dritte Wahlgang keine absolute Mehrheit für einen Kandidaten bringt.
- ernennt und entlässt die Bundesminister, Bundesrichter, Bundesbeamten, Offiziere und Unteroffiziere auf Vorschlag der zuständigen Gremien.
- übt das Begnadigungsrecht für den Bund aus.
- fertigt die beschlossenen Gesetze aus und verkündet sie, nachdem er sie vorher auf ihre Verfassungsmässigkeit geprüft hat.
- verleiht den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

gigkeit und Freiheit verbunden sind. Wir haben in unserer Geschichte nicht wie die Engländer eine Magna Charta Libertatum oder Proklamationen der Menschen- und Bürgerrechte, wie wir sie von der amerikanischen Unabhängigkeit oder der Französischen Revolution her kennen. Wir haben aber eine beachtliche freiheitliche und liberale Tradition, die im Geschichtsbewusstsein und im Geschichtsunterricht oft verdrängt und unterschlagen wurde. Doch einer demokratischen Gesellschaft stünde es schlecht zu Gesicht, wenn sie auch heute noch in aufständischen Bauern nichts anderes als meuternde Rotten sähe, die von der Obrigkeit schnell gezähmt und in Schranken verwiesen wurden. Es ist gut, dass ein freiheitlich-demokratisches Deutschland seine Geschichte bis in die Schulbücher hinein heute anders als früher schreibt. Wenn wir die freiheitliche Demokratie bewahren, sie zur sozialen Demokratie weiterentwickeln und zu unserem Lebenselement machen wollen, dann müssen wir die Fundamente zu einer solchen Entwicklung auf unseren freiheitlich-liberalen Traditionen errichten.

Denn Traditionen sind keineswegs nur Privileg konservativer Kräfte, noch weniger gehören sie in das alleinige Erbrecht der Reaktionäre, auch wenn diese am lautesten von ihnen reden. Die Frage ist allein, an welche Traditionen wir anknüpfen müssen.

Ganz besonders denke ich in diesem Zusammenhang an das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832, das für mich ein Meilenstein in unserer geschichtlichen Entwicklung ist. Damals versammelten sich 30 000 Menschen, um den Jahrestag der bayrischen Verfassung zu feiern. Man forderte die Volkssouveränität, die republikanische Einigung Deutschlands und die Föderation aller freien Staaten Europas. Die Herrschenden reagierten mit harten Strafen, und die Bundesversammlung verbot am 28. Juni 1832 alle Vereine, Versammlungen, Volksfeste, die Hissung der nationalen Farben und hob sogar die Presse- und Versammlungsfreiheit auf.

Alle diese Vorgänge sind von entscheidender Bedeutung; denn diese Aufständischen waren die Vorläufer der Revolution von 1848/49, der Barrikadenkämpfe in Elberfeld oder des Aufstandes in Rastatt.

Herr Bundespräsident, Sie sind auch persönlich durch ihre Vorfahren mütterlicherseits mit dieser liberalen Tradition verbunden.

Sie meinen die Familie Walter in Wuppertal: der Bruder meines Urgrossvaters, Carl Ludwig Walter (29. September 1808 bis 21. September 1849) ist in Rastatt im Kampf gegen die preussischen Truppen für die Freiheit gefallen; das Militär schlug diesen Aufstand nieder. Der Neffe dieses Mannes war mein Grossvater, der Vater meiner Mutter Johanna. Er hat mich von meinen ersten Jahren des Bewusstseins an im Geiste dieses Kampfes für die Freiheit und die demokratischen Ideale erzogen. Eines der ersten Lieder, die ich von ihm lernte, war das Hecker-Lied: «Er hängt an keinem Baume, Er hängt an keinen Strick, Er hängt nur an dem Traume der schwarzrotgoldnen Republik.»

In diesem Geiste bin ich aufgewachsen. Was hat sich seitdem geändert? Heute kann und möchte ich der Festigung und der Entwicklung unserer Demokratie meine ganze Kraft widmen.

Verstanden und verständnisvoll

Nach seiner Amtsübernahme 1969 erklärte der neue Bundespräsident: «Ich will nicht, dass man mich liebt». Er hat niemals versucht, demagogisch mit schmeichelnden Gefühlen zu spielen, sondern brennende Wahrheiten allen Seiten und Gruppen der Gesellschaft zu sagen und mit diesen zu besprechen. Gleichgültig, wer die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik antasten wollte — er hätte mit dem unbeugsamen Widerstand des Staatsoberhauptes zu rechnen: «Im Falle einer Krise werde ich grundsätzlich alles tun, was in meinen Kompetenzen liegt und auch nur menschenmöglich ist, um meinen Eid zur Wahrung und Verteidigung des Grundgesetzes zu erfüllen.»

Pflicht ist für diesen Präsidenten untrennbar verbunden mit seiner christlichen Einstellung. Als Christ verkörpert er die wirklichen Tugenden seiner Nation mit ursprünglicher Nächstenliebe. Ihn achten als Christen auch die, die das Christentum an sich ablehnen; denn gerade als Justizminister hat er diese seine Weltanschauung konsequent verfolgt und in die Praxis umgesetzt. In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag hatte er am 23. Januar 1958 ausgerufen: «Christus ist nicht gegen Karl Marx am Kreuz gestorben, sondern für uns alle».

Und für alle hat Gustav Heinemann gearbeitet und gehandelt. Als Justizminister in der Regierung der Grossen Koalition hatte er den Mut, die seit Jahrzehnten fälligen Reformen des Strafgesetzbuches endlich voranzubringen.

Heinemanns beispielhafte Konsequenz auf allen Gebieten der Politik überzeugte die deutsche Bevölkerung bald von seiner kompromisslosen Integrität. Als er als Innenminister im ersten Kabinett Konrad Adenauers 1950 — also ein Jahr nach der Bildung der Regierung — zurücktrat, tat er dies nicht aus Opportunität. Entscheidend war für ihn vielmehr der prinzipielle Gegensatz zum Bundeskanzler, der die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik beschloss, was Heinemann strikte ablehnte. Geradlinig und unbeugsam liess er sich von nichts anderem bestimmen, als von den Idealen der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und der Demokratie.

Auch die heutige Jugend akzeptiert ihn, und er akzeptiert sie. In dem Aufbegehren der jungen Generation entdeckt er sich selbst: «Ich verstehe den Unwillen über die Trägheit in der menschlichen Gesellschaft bis in die Kirchen hinein. Zeitlebens bin ich selber ein ungeduldiger Mensch gewesen. Ich bin es immer noch ... In dieser meiner Ungeduld verstehe ich sogar

die radikalen Gruppen der unruhigen Jugend. Aber sie kann ich aus meiner eigenen Ungeduld nur zur Verstärkung derer rufen, die den langen Marsch der Reformen bereits vor ihnen angetreten haben und fortzusetzen entschlossen sind.»

Das Bild des deutschen Bundespräsidenten wäre unvollständig, vergässe man seine Lebensgefährtin Hilda Heinemann, die er 1926 als junger Rechtsanwalt heiratete. Und sofort ist Gustav Heinemann am Ende des Interviews bei der Schweiz, dem Land, aus dem die mütterliche Familie seiner Frau stammt. «Für mich ist die Schweiz das Heimatland meiner Frau, der Sitz des Internationalen Roten Kreuzes und anderer Weltorganisationen und ein landschaftlich sehr schönes Land. Ich fahre immer gerne in die Schweiz.»

Das alles ist Gustav Heinemann. Er ist überall das Symbol der Hoffnung und der demokratischen Rechtsstaatlichkeit, ein engagierter Verfechter der sozialen Gleichheit und des Friedens. Nichts hat er gemein mit dem preussischen Typus des Staatenführers und Feldherren à la Friedrich II. oder eines «eisernen Kanzlers». Es war Perikles, der am Vorabend seines Todes allen Schmeicheleien zum Trotz nur ein Resümee seiner Regierungszeit zog: «Wegen mir hat keine Familie trauern müssen.»

Basil P. Mathiopoulos

«Ich versuche Türen zu öffnen»

Gespräch mit Frau Hilda Heinemann

Frau Hilda Heinemann, die Gattin des deutschen Bundespräsidenten, hat sich als Ziel gesetzt, während der Amtszeit ihres Mannes Unglück und Not in der pluralistischen Industriegesellschaft nach Möglichkeit zu lindern. Dazu meinte sie in einem Exklusivinterview für den «Schweizer Spiegel»:

«Für mich gibt es natürlich keine Vorschriften wie etwa für den Bundespräsidenten. Aber ich sehe meine Aufgabe nicht als eine nur repräsentative, mich selbst in keinem Fall nur als blosses Anhängsel. Ich versuche daher, meinen Mann bei seinen nicht politischen Aufgaben und Verpflichtungen etwas zu entlasten, soweit das möglich ist. Ganz besonders halte ich es für meine Pflicht, Konkretes auf dem sozialen Sektor zu leisten. Bereits vor der Wahl meines Mannes zum Bundespräsidenten hatte ich die Chance, zu vielen Menschen in Kontakt treten zu können und ihre Probleme aus nächster Nähe zu sehen. Diese Möglichkeit habe ich heute in verstärktem Masse.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Voraussetzungen gegeben sind, um Not und Elend zumindest zu lindern. Und so versuche ich, ein paar Türen zu öffnen, die sonst unter Umständen verschlossen blieben. Und dies gilt für alle Lebensbereiche. Mich hat zum Beispiel immer das Drama der Menschen in den Gefängnissen beschäftigt, da meine Schwester seit Jahren in Berlin als Gefängnisfürsorgerin in Tegel wirkte und ich durch ihre und eigene Anschauung die Mängel auf diesem Gebiet unserer Gesellschaft vor Augen geführt bekam. Diese Probleme wurden mir in Sonderheit durch die Arbeit meines Mannes als Anwalt und Justizminister nähergebracht.

Das Problem der Erziehung aber ist bis heute noch nicht gelöst. Ihm gilt mein ganz persönliches Engagement gerade auch als Frau und Mutter. Ich werde nie die Antwort des von seinem es misshandelnden Vater und von der Mutter verlassenen Kindes vergessen, das in einem Heim vom Fernsehen gefragt wurde, ob es zurückgehen möchte: «Nie», war die schluchzende Antwort.

In diesem Zusammenhang möchte

Frau Hilda Heinemann, die Gattin des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, hat im Rahmen des Protokolls genaue Aufgaben. Sie ist als First Lady Deutschlands streng mit sich selbst, offen und gastfreundlich zu den andern. Dass auch sie sich unserem Mitarbeiter Basil P. Mathiopoulos zur Verfügung stellte, hat einen besonderen Hintergrund: Frau Heinemanns Familie mütterlicherseits stammt aus der Schweiz, so dass ihre Beziehungen zu unserem Lande speziell eng sind.